

ethischer Fragen wissenschaftlich-technologischer Entwicklung, also zur Fortführung des Tagungsergebnisses zu bemühen, blieb zunächst ohne Folgen. Auf der die Tagung abschließenden Sitzung des zuständigen Arbeitsausschusses zeigte man sich von diesen Ergebnissen nicht so stark beeindruckt, daß man eine unmittelbare Fortsetzung wagen wollte. Zunächst sollten Arbeitsgruppen einzelne Themen konkreter fassen, bis man ein umfassendes Programm in Angriff nimmt. Man dachte dabei auch an weitere Vorarbeiten lokaler oder regionaler Einrichtungen, wie sie etwa in Deutschland durch die Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft (Heidelberg) vertreten sind. Erst dann werde man mit fruchtbaren Ergebnissen auf internationaler ökumenischer Basis rechnen können. Das

war nüchterne Einsicht in die Grenzen des Genfer Unternehmens, das die dortigen Institutionen ebenso überforderte, wie es als Experiment notwendig war, weil kaum eine andere Institution zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen ähnlich breit gefächerten Gedankenaustausch zur Verdeutlichung technologischer Fragen zustande bringt. Fixe Antworten konnten nicht erwartet werden. Der programmatische Hinweis des Einleitungsreferenten auf das Ungenügen dreier Richtungen: des technischen Fortschritts-glaubens, der politisch-technischen Resignation und des ahnungslosen christlichen Optimismus wurde durch den Verlauf der Tagung glaubhaft vordemonstriert. Ein Zeichen guten Willens zur sachlichen Zusammenarbeit war gesetzt. Prälat Gremillion sagte katholische Mitarbeit zu.

Die russische Kirche nach dem Tode des Patriarchen Aleksij

Seit dem 17. April dieses Jahres ist der Moskauer Patriarchenstuhl verwaist. Patriarch *Aleksij* (Simanskij), mit dessen Person die Nachkriegsgeschichte der russisch-orthodoxen Kirche aufs engste verbunden ist, starb nach einem sehr langen, 25jährigen Pontifikat im 93. Lebensjahr. Er wurde unter der Teilnahme von kirchlichen Delegationen aus aller Welt vier Tage später auf seinen Wunsch hin in der Uspenskij-Kathedrale des Dreifaltigkeitsklosters in Zagorsk beigesetzt. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde von der kirchlichen Öffentlichkeit die Anwesenheit von Kardinal *Willebrands* unter den Trauer-gästen vermerkt; der Präsident des päpstlichen Sekretariates für die Einheit der Christen ist seit Jahren von römischer Seite federführend bei der ganz unerwarteten Annäherung zwischen Moskau und der römisch-katholischen Kirche. Zum ersten Mal seit dem 15. Jahrhundert betrat in der Person *Willebrands* wieder ein römischer Kardinal den Boden der russischen Hauptstadt.

Die Frage der Nachfolge

Die russische Kirche verlor ihr Oberhaupt in *einer Zeit erheblicher innerer Spannung und Unruhe*, die außerhalb der Sowjetunion allerdings bisher kaum wahrgenommen worden ist. Während die internationalen kirchlichen Beziehungen ungestört sind und ständig erweitert werden, gibt es seit der Mitte der sechziger Jahre deutliche Zeichen unabhängiger und oppositioneller Regungen innerhalb der Kirche, die immer weitere Kreise gezogen haben und heute viele Bischöfe vor einer Kirchenspaltung zittern lassen. Die Kritiker wenden sich gegen die allzu nachgiebige Haltung der Kirchenleitung und des Episkopates gegenüber den staatlichen Organen und fordern die strikte Einhaltung des Leninschen Dekretes über die Trennung von Staat und Kirche auf beiden Seiten. Der Patriarchatsleitung wird vorgeworfen, sie habe insbesondere während der Chruschtschowzeit die ständige *Einmischung staatlicher Behörden in innerkirchliche Angelegenheiten* geduldet und der Kirchenschließungskampagne keinen Widerstand entgegengesetzt.

In dieser Situation der inneren Unruhe gewinnt *die Frage der Nachfolge* im Patriarchenamt besondere Bedeutung. Der Heilige Synod hat unmittelbar nach dem Ableben des Patriarchen dessen bisherigen Stellvertreter Metropolit *Pimen* (Izvekov) zum Patriarchatsverweser bestimmt. Metropolit *Pimen*, der in den letzten Jahren nur selten in

der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten ist, leitet seit 1963 die Moskauer Eparchie; diese Aufgabe ist entsprechend dem Statut über die Verwaltung der russisch-orthodoxen Kirche aus dem Jahre 1945 mit dem Amt des Stellvertreters des Patriarchen verbunden. Der Stellvertreter ist nach der Tradition der Kirche zugleich als *präsumtiver Nachfolger* anzusehen. Metropolit *Pimen* wurde 1910 in Moskau geboren und trat als 17jähriger ins Kloster ein, das seinen Werdegang und sein Charakterbild der Folgezeit entscheidend geprägt hat. Im Jahre 1932 erhielt er die Priesterweihe, konnte aber wahrscheinlich zunächst sein Amt nicht ausüben. Das Jahrzehnt von 1935 bis 1945 hat er in Stalins Lagern oder in der Verbannung verbracht; die offizielle Biographie übergeht diese Zeit mit Stillschweigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er nacheinander in einer Reihe der großen Klöster des Patriarchats tätig, bis er 1957 zum Bischof geweiht wurde. Als Vikarbischof von *Dmitrov* übernahm er die Leitung der Patriarchatskanzlei und wurde nach einer kurzen Zwischenstation in *Tula* 1961 zum Metropoliten von *Leninograd* berufen; zwei Jahre später übergab ihm die Kirche die mit dem Titel eines Metropoliten von *Kruty* und *Kolomna* verbundene Eparchie Moskau (*N. Struve*, Die Christen in der UdSSR, Mainz 1965, S. 178 f.). *Pimen*, der keine höhere theologische Bildung erhalten hat, weil das Patriarchat in seiner Jugend keine Lehranstalten unterhalten durfte, gilt als mönchisch-asketischer Bischof, dem es nicht leicht fallen dürfte, sich gegen die sowjetischen Behörden einerseits und die innerkirchlichen oppositionellen Strömungen andererseits durchzusetzen. Die politischen Pflichten, die bisher mit seinem Amt verbunden waren — er hat u. a. in den letzten Jahren mehrere kurze Ansprachen im sowjetischen Rundfunk gehalten — hat Metropolit *Pimen* offenbar mit einem gewissen Gleichmut und ohne große Energie wahrgenommen.

Nikodim im Vordergrund

Obwohl er der Stellenarithmetik nach mit seiner Wahl zum Patriarchen rechnen könnte, ist *Pimens* Kandidatur keinesfalls unbestritten. Neben ihm steht als aussichtsreichster Kandidat der glänzend begabte und außerordentlich energische und erfolgreiche Metropolit *Nikodim* (*Rotov*) von *Leningrad* und *Novgorod*. Er ist im vergangenen Jahrzehnt mehr und mehr in den Vordergrund getreten, und seine ungewöhnliche Karriere hat die Auf-

merksamkeit aller Beobachter innerhalb und außerhalb der Sowjetunion auf sich gezogen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Nikodim in den vergangenen Jahren bereits weitgehend die Fäden der Kirchenleitung in der Hand gehabt hat, die auszuüben der greise Patriarch nicht mehr in der Lage war. Bei allen großen internationalen kirchlichen Ereignissen im In- und Ausland vertrat Nikodim den Patriarchen und hielt die programmatischen Referate und Ansprachen. Die beiden wichtigsten Funktionen, die er in seiner Person vereinigt, sind die Leitung des Patriarchatsamtes für die Auswärtigen Beziehungen und die Verwaltung der Eparchie Leningrad und Novgorod. Beide Bischofsbezirke, die auch im 19. Jahrhundert eine Einheit bildeten, wurden 1967 zusammengelegt („Žurnal Moskovskoj Patriarchii“ [= ŽMP], 11/1967, S. 7).

Nikodim gehört zur wichtigen Gruppe jener Bischöfe in der russisch-orthodoxen Kirche, die zwei Generationen jünger als der verstorbene Patriarch sind und die unter den schweren Bedingungen der Stalinzeit aufgewachsen sind. Boris Nikodim wurde 1929 im Gebiet Rjazan' geboren und stammt offenbar aus einer bäuerlichen Umwelt. Er besuchte eine pädagogische Hochschule und nahm 1947, in einer Zeit relativer Freiheit für die Kirche, das Mönchsgewand. Zwei Jahre später erhielt er die Priesterweihe und war danach Pfarrgeistlicher in verschiedenen Gemeinden. Gleichzeitig nahm er an den Fernkursen der Leningrader geistlichen Lehranstalten teil und schloß die theologische Ausbildung 1955 mit einer Kandidatenarbeit ab.

Von da an beginnt sein kometenhafter Aufstieg. Von 1956 bis 1959 war er Mitglied und später Leiter der russisch-orthodoxen Jerusalem-Mission. Gerade in jenen Jahren bemühte sich die russische Kirche erfolgreich und unterstützt von der sowjetischen Diplomatie um die Wiedergewinnung ihres Einflusses im Nahen Osten. Sehr wahrscheinlich hat Nikodim hierbei sein politisches Geschick bewiesen und sich der Patriarchatsleitung für größere Aufgaben empfohlen. Er wurde 1959 als Leiter der Kanzlei des Patriarchen nach Moskau zurückberufen und übernahm im folgenden Jahr als Nachfolger des gestürzten Metropoliten Nikolaj (Jaruševič) die Leitung des Amtes für auswärtige Beziehungen. Noch als Archimandrit übte er also eine Funktion aus, die zuvor der langjährige und bedeutendste Sprecher des Patriarchats im Ausland wahrgenommen hatte. Ende 1960 erhielt Nikodim im Alter von 31 Jahren die Bischofsweihe und wurde kurze Zeit später Erzbischof von Jaroslavl' und danach Metropolit von Minsk; 1963 beriefen ihn Patriarch und Synod zum Metropoliten von Leningrad (N. Struve, S. 179f.; *J. Chrysostomus*, Kirchengeschichte Rußlands der neuesten Zeit, Bd. III, München-Salzburg 1968, S. 266).

Die voraussichtliche Wahl

Diese atemberaubende Karriere hat zu mancherlei *Spekulationen* und zu dem Verdacht Anlaß gegeben, der junge Metropolit sei den sowjetischen Behörden mehr ergeben als der Kirche und sei dem Patriarchat von außen oktroyiert worden. Für solche weitreichenden Schlußfolgerungen gibt es jedoch keine Beweise, und wir sind nicht berechtigt, die Aufrichtigkeit Nikodims im Dienst für die Kirche zu bezweifeln, wie andererseits seine Loyalität gegenüber dem sowjetischen Staat außer Frage steht. Seine ungewöhnliche Begabung und Tatkraft werden ihm auch von seinen Gegnern innerhalb der russisch-orthodoxen Kirche bescheinigt, die ihm allerdings vorwerfen, den

sowjetischen Behörden gegenüber nicht fest genug aufzutreten und insbesondere die Weltöffentlichkeit ständig über die wahre Lage der Kirche in der Sowjetunion zu täuschen (vgl. *M. Bourdeaux*, *Patriarch and Prophets, Persecution of the Russian Orthodox Church Today*, London 1969, S. 154). Nikodims Tätigkeitsfeld ist außerordentlich breit. Neben der Vertretung der russischen Kirche bei allen internationalen Zusammenkünften arbeitet er beispielsweise auch als liturgischer Schriftsteller. In den letzten Jahren hat er eine Reihe von Troparien und Gottesdienstformularen verfaßt (vgl. *ŽMP*, 10/1969, S. 87 bis 95; „*Stimme der Orthodoxie*“, 2/1969, S. 12f.). Nikodim wird auf absehbare Zeit eine Schlüsselfigur innerhalb der russisch-orthodoxen Kirche bleiben, auch wenn Metropolit Pimen zum Patriarchen gewählt werden sollte.

Die formelle Entscheidung über den neuen Patriarchen trifft ein *russisches Landeskonzil*, das die orthodoxe Kirche für Mai 1971 einberufen hat (nach Tass, deutsch, 26. Juni 1970). Wahrscheinlich werden sich bis dahin die Fronten so weit geklärt haben, daß die Abstimmung auf dem Konzil nur noch akklamatorischen Charakter hat. Daß die Person des neuen Patriarchen vom Rat für die Angelegenheiten der Religionen beim Ministerrat der UdSSR zuvor gebilligt sein muß, ist selbstverständlich. Die *Zusammensetzung des Konzils* steht offenbar noch nicht fest. Nach dem Statut über die Verwaltung der russisch-orthodoxen Kirche aus dem Jahre 1945 und nach kanonischem Recht müßten auf dem Konzil neben den Bischöfen auch Vertreter des Pfarrklerus und der Laien zugegen sein. Andererseits wurde Patriarch Sergij 1943 lediglich von einer Bischofsversammlung gewählt. Auch heute bestehen offenbar in manchen Kreisen des Episkopates erhebliche Vorbehalte gegen die *Hinzuziehung von Vertretern des Klerus und der Laien* zum Konzil (vgl. Erzbischof *Vasilij* [Krivošein] von Brüssel in „*De Maand*“, Juni 1970). Sie erklären sich einmal aus der Tatsache, daß die sowjetischen Behörden auf die Auswahl der Delegierten erheblichen Einfluß nehmen könnten, andererseits aber auch aus der Furcht, die innerkirchliche Opposition könnte sich hier eine Plattform vor der Weltöffentlichkeit schaffen. In jedem Falle wird es kaum zu einer demokratischen Wahl von Vertretern aus Kleriken und Laien kommen.

Das Erbe Aleksijs

Wer auch immer die Nachfolge Aleksijs antreten wird, er muß sein Erbe übernehmen, und mit einer spektakulären Änderung der Kirchenpolitik des Patriarchats ist nicht zu rechnen. Patriarch Aleksij und im wachsenden Maße seine Mitarbeiter haben im vergangenen Jahrzehnt die Weichen für die Entwicklung gestellt, die wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren bestimmend sein wird. Der verstorbene Patriarch, der im vergangenen Vierteljahrhundert an der Spitze der Kirche gestanden hat, war einer der letzten Bischöfe, die nach Bildung und Tradition fest mit dem *vorrevolutionären Rußland* verbunden sind. Sergej Vladimirovič Simanskij wurde 1877 in einer Moskauer Aristokratenfamilie geboren. Bevor er sich der Theologie zuwandte, absolvierte er im Jahre 1900 die juristische Fakultät der Moskauer Universität. Danach trat er in die Akademie in Zagorsk ein, wo er 1902 die Mönchsgelübde ablegte und 1903 die Priesterweihe erhielt. Nach dem üblichen cursus honorum als Leiter mehrerer Geistlicher Seminare wurde Aleksij (Simanskij) 1913 zum Bischof erhoben.

In den Jahren nach der Revolution hatte er im Gegensatz zu vielen Bischöfen keinerlei Verbindung zur prosowjetisch eingestellten *schismatischen* „Lebendigen Kirche“, was dazu beigetragen haben wird, daß ihm die Amtsausübung im Bistum Novgorod und später in Petrograd seit etwa 1921 unmöglich gemacht wurde. Er wurde von der Sowjetmacht für einige Zeit nach Sibirien deportiert, schloß sich jedoch sogleich den Loyalitätserklärungen des Patriarchen Tichon gegenüber dem Sowjetstaat an, als Tichon 1923 seine militante antisowjetische Haltung aufgab. Eine gewisse Resignation gegenüber der Macht und die Fähigkeit, nur das Mögliche zu wollen, ist für Aleksij immer charakteristisch geblieben. Die Treue zu Tichon führte dazu, daß er 1926 zum Erzbischof von Novgorod und 1933 zum Metropoliten von Leningrad berufen wurde. In den Jahren des stalinschen Terrors war er einer der letzten Bischöfe, die zwar in äußerster Beschränkung lebten, aber dennoch in der Lage waren, ihr Amt auszuüben. Erleichterung brachten paradoxerweise erst die Kriegsjahre, und Stalin gestattete der russischen Kirche zu Beginn des Jahres 1945 die Einberufung eines Landeskonzils, das den Metropoliten von Leningrad zum neuen Patriarchen wählte. In den folgenden zweieinhalb Jahrzehnten hat Aleksij wesentlich daran mitgewirkt, die Grundlagen für die gegenwärtige Stellung der russisch-orthodoxen Kirche innerhalb der Sowjetunion und der ökumenischen Bewegung zu legen. Allerdings hat er dabei häufig die Rolle des *passiven Partners der sowjetischen Religionspolitik* gespielt, auf die zu reagieren und der sich anzupassen seine Aufgabe sein mußte. Das gilt sowohl für die Lage der Kirche im Inneren als auch für die internationalen kirchlichen Beziehungen.

Zwei Phasen sowjetischer Kirchenpolitik

Die gegenwärtige innere Situation der Kirche ist das Ergebnis von zwei einander widersprechenden Phasen der sowjetischen Religionspolitik. In der späten Stalinzeit, besonders in den Jahren 1943 bis 1949, hatte die Kirche die Möglichkeit, den in den dreißiger Jahren fast vollständig zerstörten Apparat wieder aufzubauen, der dann während der Kirchenverfolgung unter Chruschtschow von 1959 bis 1964 zum großen Teil erneut zerschlagen wurde. So lebt die Kirche in der für das geistige Leben der Sowjetunion paradoxen Situation, daß ihr Bewegungsspielraum heute enger ist als 1953. „In der Sowjetunion sind die Gläubigen die Parias der Gesellschaft. Zur Zeit sind sie sogar jener beschränkten Rechte beraubt, die ihnen in den letzten Lebensjahren Stalins gewährt wurden“ (Der in der Sowjetunion lebende kirchliche Schriftsteller B. V. Talantov in „Posev“, 11/1968, S. 58).

Nach dem Kriege konnte die russisch-orthodoxe Kirche ihre Gemeinden wieder zusammenführen und ein nahezu lückenloses Netz von Bischofsbezirken aufbauen, obwohl hierbei wie auch sonst im kirchlichen Leben der eindeutige Schwerpunkt im Westrußland lag. In Sibirien wurden beispielsweise nur fünf Bistümer wieder eingerichtet, von denen heute nur drei regelmäßig besetzt sind. Einen lebendigen Impuls erhielt das Patriarchat durch die Eingliederung einer großen Zahl von Gemeinden, Kirchen und Klöstern in den Gebieten, die im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg von der Sowjetunion annektiert wurden. Das kirchliche Leben blieb hier zunächst weitgehend unangetastet, sieht man von der unter administrativem Druck erfolgten Einverleibung der zuvor vom Moskauer

Patriarchat unabhängigen estnischen, lettischen, ukrainischen und bessarabischen orthodoxen Gemeinden in die russische Kirche ab. Die mit Rom unierte Kirche der Westukraine (Ostgalizien) wurde 1946 aufgelöst und ebenfalls dem Moskauer Patriarchat einverleibt. In Zentralrußland gelang der russischen Kirche jedoch auch ein eigenständiges Aufbauwerk. Vor allem konnte am Ende des Krieges wieder mit einer geregelten *Ausbildung des theologischen Nachwuchses* begonnen werden. Das Patriarchat eröffnete acht Seminare und zwei Geistliche Akademien. Die theologischen Schulen der Hauptstadt unterstanden der direkten Leitung des Patriarchen Aleksij, der an ihrem Aufbau großen persönlichen Anteil genommen hat. Im Jahre 1948 konnten die Moskauer Lehranstalten nach Zagorsk verlegt werden, wo als Mittelpunkt der russisch-orthodoxen Kirche und nationaler Wallfahrtsort das Dreifaltigkeitskloster wieder seine Tore öffnete. Es ist seit dem Ende der vierziger Jahre auch zum zentralen Treffpunkt internationaler kirchlicher Organisationen geworden.

Der *kirchliche Wiederaufbau* am Ende des Krieges wurde durch eine Reihe gesetzlicher Akte gefördert, von denen die wichtigsten das Statut über die Verwaltung der russisch-orthodoxen Kirche, das vom Konzil im Januar 1945 verabschiedet wurde, und eine Verordnung der Regierung vom August des gleichen Jahres sind. Hier erhielt die Kirche eine Reihe von Rechten, die für eine funktionsfähige Institution unabdingbar sind. Ihre hierarchische Gliederung und die daraus abgeleitete Weisungsbefugnis wurde vom Staat anerkannt; die Kirche durfte Gebäude für kirchliche Zwecke mieten oder erwerben, in eigener Regie liturgische Gegenstände herstellen und vertreiben u. ä. Stalin duldete das Wiedererstarben der institutionalisierten Kirche wegen ihrer wichtigen Funktion bei der Integration der neugewonnenen Gebiete im Westen, wegen der günstigen Wirkung einer liberalen Kirchenpolitik im Ausland, und weil die selbstlosen patriotischen Anstrengungen der Kirche während des Krieges ihre vollkommene Loyalität gegenüber dem Sowjetstaat bewiesen hatten.

Folgen der Chruschtschow-Ära

Mit dem von Chruschtschow verkündeten „entfalteten Aufbau des Kommunismus“ schien dann jedoch die Existenz der Kirche erneut aufs schwerste gefährdet. Patriarch Aleksij, der den kirchlichen Wiederaufbau geleitet hatte, mußte tatenlos zusehen, wie sein Lebenswerk von einer neuen Verfolgungswelle großenteils wieder zerstört wurde. Die inneren Auseinandersetzungen, die er durchlebt haben muß, lassen sich nur ahnen. Anfangs versuchte Aleksij, dem neuen Angriff auf die Kirche einen gewissen *Widerstand* entgegenzusetzen, u. a. indem er — was in der Sowjetunion bisher niemals geschehen war — öffentlich von ihm sprach. Vor der Konferenz der politischen und sozialen Organisationen der UdSSR für die Abrüstung sagte er am 16. Februar 1960, daß „die Kirche Christi, deren Ziel das Wohl aller Menschen ist, von seiten eben dieser Menschen Vorwürfe und Angriffe zu erleiden hat“. Aber „was vermögen alle Bemühungen menschlichen Denkens und Planens gegen das Christentum . . .“ (ZMP, 3/1960, S. 35). So vorsichtig und zurückhaltend diese Formulierung war, so irreführend und nur von politischen Erwägungen diktiert erscheint jene andere wenige Jahre später: „Die Situation der russisch-orthodoxen Kirche war und ist auch jetzt vollkommen normal“ (ZMP, 4/1966, S. 6).

In Wirklichkeit war in den Jahren zwischen diesen beiden Äußerungen die Zahl der Gemeinden und der legal amtierenden Geistlichen durch staatliche „Maßnahmen“ auf die Hälfte reduziert worden. Von etwa 20 000 Kirchen blieben nur etwa 10 000 geöffnet, und von ungefähr 30 000 Priestern wurde der Hälfte die staatliche Registration entzogen. Von annähernd 70 Klöstern blieben wahrscheinlich nur 15 übrig, 5 Seminare mußten schließen.

Die wichtigsten Mittel zur Erringung dieser „Erfolge“ waren nicht wie zur Stalinzeit Arbeitslager und Erschießungen, sondern eine *rücksichtslose Verwaltungswillkür* und eine primitive und verleumderische Propaganda. „Die Methoden der Kirchenschließung . . . waren normalerweise folgende: Der regionale Bevollmächtigte des Rates für die Angelegenheiten der russisch-orthodoxen Kirche entzog dem Priester der Kirche, die geschlossen werden sollte, willkürlich die Registration oder versetzte ihn woanders hin. Dann weigerte er sich sechs bis elf Monate lang, irgendeinen anderen der vorgeschlagenen Kandidaten als Priester für die Kirche zu registrieren. Wenn Vertreter der Kirchengemeinde ihn fragten, warum er sich weigerte, war seine Antwort: ‚Ich brauche meine Aktionen Ihnen gegenüber nicht zu rechtfertigen . . .‘ Während die Kirche ohne Priester war, versuchten die lokalen Behörden durch Drohungen, verschiedene Mitglieder gewaltsam aus dem Zwanzigerrat [dem Kern jeder Gemeinde] herauszudrängen, und dies wurde dann als Auflösung der kirchlichen Gemeinde bezeichnet. Gleichzeitig nahm das regionale Exekutivkomitee [allgemeine Verwaltungsbehörde] eine Resolution an, die Kirche zu schließen und das Gebäude der örtlichen Kolchose oder dem Stadtsojwet zu übergeben“ (Der kirchliche Schriftsteller Talantov aus Kirov in einem offenen Brief vom 10. November 1966 in: Bourdeaux, S. 126).

Bei den Kirchenschließungen und dem terroristischen Vorgehen gegen die Klöster kam es häufig zu *Protestaktionen der Gemeinden*, zu Aufläufen und pogromartigem Vorgehen der Polizei. Wir kennen die Namen von mehreren Gläubigen, die bei den Hetzjagden der Miliz gegen die Gläubigen im Kloster von Počaev/Wolhynien getötet wurden. Kirchenleitung und Episkopat sahen im allgemeinen keine Möglichkeit, dagegen einzuschreiten oder sich — unter Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit — vor die Gemeinden zu stellen. Sie duldeten ebenso schweigend die Leerung der theologischen Schulen durch quasi legale Mittel wie die Einziehung der Seminaristen zum Militärdienst. Patriarchatsleitung und Bischöfe versuchten, nach außen den Schein ungestörter Beziehungen zu den staatlichen Behörden zu wahren, und provozierten dadurch Unwillen, Protest und Empörung in vielen Gemeinden. Die Überangepaßtheit der Kirchenleitung hat heute zu erheblichen Spannungen in der Kirche geführt. Sie zeigen einerseits die Lebenskräfte der Kirche, die trotz jahrzehntelanger Repressionen und Verfolgungen erhalten geblieben sind; andererseits bedeuten Unruhe und Opposition ein für die Kirchenleitung schwer zu lösendes Problem, das sowohl zu einer Kirchenspaltung wie zu einem nur schwer wieder gutzumachenden Autoritätsverlust des Episkopates in den Gemeinden führen kann.

Konsolidierung der Außenbeziehungen

Während also die russische Kirche nach dem Tode des Patriarchen vor schwerwiegenden inneren Konflikten steht, haben sich die *internationalen Beziehungen* im ver-

gangenen Jahrzehnt außerordentlich günstig und erfolgreich entwickelt. Hier hat sich das Tauwetter nach Stalins Tod und die Koexistenzpolitik Chruschtschows zugunsten der Kirche ausgewirkt, die vom Staat geradezu ermuntert wurde, im Ausland Kontakte zu knüpfen und ausländische kirchliche Gäste in die Sowjetunion einzuladen. Patriarch Aleksij hat diese *Öffnung der Kirche zur Ökumene* maßgeblich beeinflusst, obwohl die Federführung für die internationalen Beziehungen zunächst in der Hand von Metropolit Nikolaj (Jaruševič) und seit 1960 in der von Nikodim (Rotov) lag.

Die Richtungsänderung der sowjetischen Außenpolitik und die Koexistenzformel haben es der russisch-orthodoxen Kirche ermöglicht, seit Ende der fünfziger Jahre Beziehungen zum Westen zu entwickeln, die auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges undenkbar waren. Noch 1948 hatte die Konferenz orthodoxer Kirchen, die anlässlich des 400. Jahrestages der Autokephalie Moskaus zusammentrat, behauptet, der Vatikan sei „das Zentrum der internationalen Verschwörungen gegen die Interessen der Völker, das Zentrum des internationalen Faschismus“. Auch der gerade im Entstehen begriffene Ökumenische Rat der Kirchen wurde als „unechte Einigungspolitik“ abqualifiziert, die darauf hinauslaufe, „die christliche Lehre auf einen Glauben zu reduzieren, den selbst noch die Dämonen annehmen können“ (zit. nach Struve, S. 110).

Wenig mehr als ein Jahrzehnt später trat die orthodoxe Kirche unter veränderten politischen Umständen selbst dem Ökumenischen Rat bei und eröffnete gleichzeitig eine Phase *spektakulärer Annäherung an Rom*. Die russisch-orthodoxe Kirche, die sich 1961 in Neu-Delhi dem Weltrat anschloß, hat als größte orthodoxe Einzelkirche erhebliches Gewicht im Ökumenischen Rat, und ihre Vertreter sitzen in allen wichtigen Gremien. Der Beitritt der russischen Kirche veranlaßte außerdem andere orthodoxe Kirchen Osteuropas und die großen nichtorthodoxen Kirchen innerhalb der Sowjetunion, sich dem Weltrat anzuschließen. Diese Kirchen verstärken im Ökumenischen Rat das Gegengewicht gegen den „Linksprotestantismus“ und die „moderne Theologie“, zu denen es allerdings Berührungspunkte bei der Beurteilung der Aufgaben der Kirche in der Welt gibt. Die russisch-orthodoxe Kirche hat seit dem Krieg unermüdlich den osteuropäisch inspirierten Kampf der Kirchen für den Frieden gefordert und sich in den letzten Jahren mehr und mehr zum Sprecher einer „Theologie der Revolution“ gemacht, die das christliche Engagement auch in einer gewaltsamen sozialen Revolution verlangt, weil die Lösung der sozialen und politischen Probleme in vielen Ländern der Dritten Welt auf andere Weise nicht mehr möglich erscheint.

Die orthodoxe Kirche versteht ihre Rolle im Ökumenischen Rat entsprechend ihrer hohen Selbsteinschätzung in erster Linie als gebende. Patriarch Aleksij betonte schon in seiner Grußbotschaft an die Vollversammlung in Neu-Delhi 1961, daß der Ruf zur Zusammenarbeit vom Weltrat ausgegangen sei und daß die russische Kirche bereit sei, ihren großen liturgischen Reichtum und ihre Frömmigkeitserfahrung in die gemeinsame Arbeit der Kirchen einzubringen (vgl. „Kirche im Osten“, Bd. VI, 1963, S. 126). Der Weltrat bemüht sich, die russisch-orthodoxe Kirche paritätisch an allen Aufgaben zu beteiligen. Bisher haben drei größere ökumenische Veranstaltungen in der Sowjetunion stattgefunden, 1964 tagte der Exekutivausschuß in Odessa und 1966 und 1968 traf sich die Kommission für Glaube und Kirchenverfassung in Zagorsk,

deren theologische Arbeit die russische Kirche maßgeblich im konservativen Sinn beeinflusst. Wie stark die russische Kirche den Weg zu einer christlichen Einheit in eine ferne Zukunft verlegt und wie deutlich andererseits die Bedenken gegen eine allzu große Eile der protestantischen Kirchen sind, machte Metropolit Nikodim bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Uppsala deutlich, wo er vor den protestantischen Versuchen warnte, im Weltrat eine „neue ekklesiologische Realität“ zu sehen (vgl. „Osteuropa“, XIX, 1969, S. 23).

Annäherung mit Rom

Trotz ihrer aufrichtigen Mitarbeit im Ökumenischen Rat hat die russische Kirche in den letzten Jahren betont, daß in dogmatischen Fragen die katholische Kirche der Orthodoxie am nächsten stände. Der erfolgreiche Abbau von Barrieren zwischen Rom und Moskau, die in Jahrhunderten gewachsen sind, wurde im Herbst 1962 augenfällig, als der päpstliche Vertreter, der heutige Kardinal *Willebrands*, zum ersten Mal nach Moskau reiste und es bei der sowjetischen Regierung erreichte, daß die russisch-orthodoxe Kirche — als einzige orthodoxe Landeskirche — offizielle Beobachter zur ersten Session des Vatikanischen Konzils entsenden konnte (vgl. *R. Stupperich*, Die russisch-orthodoxe Kirche in ihrer Berührung mit dem Westen, in: *Osteuropa*, XIV, 1964, S. 248). Die folgenden Jahre haben dann immer neue Fortschritte in der Annäherung gebracht. Fast in jedem Jahr stand ein offizieller Besuch in Moskau oder in Rom auf dem Programm, Papst und Patriarch tauschten zu den großen kirchlichen Festen und an ihren Geburtstagen herzliche Glückwunschschriften aus, und das Moskauer Patriarchat nahm großen Anteil am Tode Johannes' XXIII. (1963) und Kardinal Beas (1968), die in Moskau als Initiatoren der neuen Ostpolitik des Vatikans gelten.

Im Herbst 1967 fand das erste orthodox-katholische Theologengespräch in Leningrad statt, das Fragen der neuen katholischen Soziallehre behandelte und dem Platz der Kirche im weltlichen und sozialen Bereich gewidmet war. Seit Januar 1968 studierten dann zum ersten Mal zwei orthodoxe Theologen an der päpstlichen Universität Gregoriana, und die veränderten und entspannten Be-

ziehungen zwischen Rom und Moskau wurden mehr und mehr auch auf einer unteren Ebene spürbar. Für Rom bedeutet es allerdings eine bittere Erfahrung, daß die verbesserten Beziehungen sowohl zur russischen Kirche als auch zur sowjetischen Regierung sich bisher kaum auf die bedrängte Lage der katholischen Kirche innerhalb der Sowjetunion ausgewirkt haben.

Die Annäherung erreichte vorerst ihren *Höhepunkt*, als der Synod am 16. Dezember 1969 den Beschluß faßte, in Zukunft auch katholischen Christen das orthodoxe Abendmahl zu reichen. Obwohl diese Entscheidung durch gemeinsame Gottesdienste von Willebrands in der Sowjetunion und von Nikodim in Rom vorbereitet worden war, hat sie doch vielfach Überraschung und auch Unwillen — besonders in Konstantinopel — ausgelöst. Die Konsequenzen des Synodalbeschlusses sind sogar innerhalb des orthodoxen Episkopates unklar. Umstritten ist vor allem, ob von jetzt an nur die in der Diaspora lebenden Katholiken innerhalb der Sowjetunion an der orthodoxen Liturgie teilnehmen sollen, oder ob das Angebot zur Kommunion grundsätzlich für alle Katholiken gilt; außerdem läßt die Entscheidung des Synod offen, ob umgekehrt auch orthodoxe Russen am katholischen Abendmahl in einerlei Gestalt teilnehmen dürfen (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 27. 5. 70; „De Maand“, Juni 1970).

Im ganzen muß festgehalten werden, daß die Lockerung sehr alter erstarrter und verkrampfter Fronten zwischen Rom und Moskau für das Moskauer Patriarchat von außerordentlicher Bedeutung ist. Die russische Orthodoxie gewinnt hierdurch *Anschluß an die Modernisierungstendenzen* innerhalb des Katholizismus, die auch für Moskau fruchtbar werden können, denn innere Reformen sind ein drängendes Problem, das unter dem greisen Patriarchen vernachlässigt worden ist und das für den Nachfolger von sehr aktueller Bedeutung sein wird. Die wichtige Rolle, die die russische Kirche unter Aleksij in der internationalen kirchlichen Arena übernommen hat, gibt ihr außerdem einen gewissen Rückhalt innerhalb der Sowjetunion und gegenüber den sowjetischen Behörden. Insofern ist die oft kritisierte Unterstützung der sowjetischen Außenpolitik durch die russische Kirche gegenüber dem Ausland keineswegs nur für die sowjetische Diplomatie von Nutzen.

Zeitberichte

Revolutionsideologie und politische Wirklichkeit Lateinamerikas

Die Vorstellungen über Lateinamerika sind in Deutschland von massiven Klischees beherrscht. Die etwa 1967 einsetzende Welle castrofreundlicher Publikationen, die durch die Ermordung Che Guevaras im Oktober jenen Jahres einen kurzlebigen Absatzerfolg erzielen konnte, hat wenig zur Aufklärung beigetragen. Sie hat vielmehr unter der westdeutschen Studentenschaft einen irrationalen und in diesem Ausmaß sicher nicht berechtigten Anti-US-Amerikanismus erzeugt und eher vage denn reale Utopien von der Zukunft des lateinamerikanischen Kontinents entwerfen lassen. Immerhin hatte diese „linke“ Publikationswoge den Erfolg, die bislang bei uns vorherrschende problemlose ästhetisch-archäologische Vorliebe für vorkolumbianische Indianerkulturen durch die

Hinführung zur zeitgeschichtlich-politischen Thematik zu korrigieren. Das neue Klischee, das man allerdings erzeugt hat, als Che-Posters im verpönten Stil des Nazarener-Christus unter die Teenager gebracht wurden, besteht nun im falschen Eindruck, als hätten die Castristen das revolutionäre Gedankengut für sich gepachtet und von ihnen allein hänge die Zukunft des Kontinents ab.

Der lateinamerikanische Hintergrund

Revolution ist für Lateinamerika jedoch alles eher als ein neuer Begriff. Wenn — von Spanien und Portugal abgesehen — in Europa von den politischen Vorgängen in Lateinamerika bislang Kenntnis genommen wurde, dann